

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 19/10152 –

**Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Ägypten
stoppen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 19/14151 –

**Keine Waffen an Konfliktparteien – Rüstungsexporte an Indien und Pakistan
stoppen**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Ägypten mehr zu erteilen sowie umgehend alle diesbezüglich bereits erteilten Genehmigungen unverzüglich zu widerrufen.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Indien und Pakistan mehr zu erteilen sowie unverzüglich alle diesbezüglich bereits erteilten Genehmigungen zu widerrufen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/10152 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14151 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/10152 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/14151 abzulehnen.

Berlin, den 13. November 2019

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Tino Chrupalla
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Tino Chrupalla

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/10152** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/14151** wurde in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Oktober 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die den Antrag stellende Fraktion DIE LINKE. stellt unter anderem fest, dass der frühere ägyptische Armeechef Abdel Fattah al-Sisi seit Jahren gegen Kritiker und Oppositionelle vorgehe. Die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit seien in dem Land stark eingeschränkt. Es komme immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen von politisch aktiven Menschen. Daneben sei Ägypten offiziell Teil der von Saudi-Arabien geführten Koalition gegen die Huthi-Rebellen im Jemen. Einheiten aus Ägypten seien neben Einheiten aus Saudi Arabien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten an der Seeblockade gegen den Jemen und an Militäroperationen im Jemen wie an Bombardements beteiligt gewesen. Seit Beginn des Jemenkrieges im Jahr 2015 habe die Bundesregierung Rüstungsexporte für Ägypten in Höhe von über einer Milliarde Euro genehmigt. Zudem wolle die Bundesregierung Lieferungen mit Exportkreditgarantien (Hermesbürgschaften) absichern. Die Fraktion verweist darauf, dass sich CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag verpflichtet hätten, keine Waffen mehr an Staaten zu liefern, die am Jemen-Konflikt beteiligt seien.

Zu Buchstabe b

Die den Antrag stellende Fraktion DIE LINKE. stellt unter anderem fest, der extrem gefährliche Konflikt zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan sei in den letzten Wochen erneut eskaliert. Der wieder aufgeflamte Kaschmir-Konflikt reiche bis zur Unabhängigkeit des ehemaligen Britisch-Indien und der damit einhergehenden Teilung des Subkontinents im August 1947 zurück. Zweimal, 1947 und 1965, führten Indien und Pakistan Kriege bereits um die Region. Bundeskanzlerin Merkel habe die große Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Region für die internationale Sicherheit betont. Mit Blick auf die Lage in Jammu und Kaschmir sei es wichtig, auf Deeskalation und Dialog zu setzen. Trotzdem habe die Bundesregierung im August 2019 erneut Rüstungsexporte in das Krisengebiet genehmigt. Deshalb und wegen der fragilen Lage in der Region müssten die Waffenlieferungen an Indien und Pakistan umgehend gestoppt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/10152 in seiner 43. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/10152 in seiner 44. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/14151 in seiner 43. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/10152 in seiner 52. Sitzung am 13. November 2019 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/10152 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/14151 in seiner 52. Sitzung am 13. November 2019 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14151 zu empfehlen.

Berlin, den 13. November 2019

Tino Chrupalla
Berichtersteller

